

Resolution an Bundestag und die Deutschen Landtage

Die IGFM Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Frankfurt am Main, möge auf Ihrer Jahres-Hauptversammlung am 15. April. 2012 in Cottbus diese Resolution beschließen:

**Der Deutsche Bundestag möge umgehend ein Gesetz erlassen, das der Bundesregierung untersagt, weiterhin die Identität, persönlichen Verhältnisse und Rückkehrwilligkeit von aus *nicht-demokratisch regierten* Ländern stammenden Flüchtlingen, die bei uns Asyl beantragt haben, durch Beamte und Behörden des Landes, aus dem die Flüchtlinge stammen, überprüfen zu lassen.**

**Die gleiche Forderung richtet die IGFM an die Parlamente der Deutschen Bundesländer. Diese mögen ihren Landes-Regierungen und –Behörden umgehend per Gesetz untersagen, bei dem geringsten Verdacht, dass der Flüchtling aus einem diktatorisch regierten Staat stammt, diesen mit Beamten seines Heimatstaates zu konfrontieren.**

Zur Begründung: Die Bundesrepublik, die Bundesländer und ihre Behörden lassen Flüchtlinge, die abgeschoben oder evtl. abgeschoben werden sollen, von Beamten ihres vermeintlichen oder angeblichen Heimatlandes verhören, um die persönlichen Verhältnisse der Flüchtlinge (Familie, Herkunft, Sprache, Religion, Nationalität, Stammeszugehörigkeit, Rückkehrwilligkeit usw.) zu erkunden bzw. auszuforschen und zugleich festzustellen, ob das vorgebliche Herkunftsland auch bereit ist, den Abgeschobenen wieder aufzunehmen.

Dieses Verfahren dürfte im Einklang mit den Gesetzen der Bundesrepublik stehen, aber wenn der Flüchtling aus einem diktatorisch regierten Land stammt oder stammen könnte, ist diese Praxis ein Skandal und der Gipfel unmoralischen Handelns Deutscher Politiker und Beamter.

Ein Beispiel macht die Infamie deutlich. Man stelle sich bitte vor, zu Zeiten des Kalten Krieges wären „DDR“-Flüchtlinge in der Bundesrepublik mit Mielkes Schergen konfrontiert worden. Der Schock, die möglicherweise lebenslange Angst, dazu die Androhung von Repressalien für die zurückgebliebenen Angehörigen und Freunde. Das war und ist unzumutbar, weil unmenschlich, damals für Flüchtlinge aus dem Sowjet-Block, heute für Asylsuchende aus der Volksrepublik China, Iran, Cuba, Vietnam, Nord-Korea und anderen Tyranneien.

Zugleich spricht die IGFM den verantwortlichen Politikern und Beamten ihr Mißfallen über diese Praxis aus

Cottbus, 16. 4. 2012